

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 01.02.2012**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

17:05 Uhr bis 18:41 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	anwesend ab 17:10 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter für Frau Elisabeth Krausbeck
		anwesend ab 17:15 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Ralf Borries	Verw	
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verw	
Herr Wolfgang Hans	Verw	
Frau Beate Naumann	Verw	
Herr Wolfram Neumann	BG	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Herr Hartmut Büchner	SKE	
Herr Karl-Heinz Gärtner	SKE	
Herr Matthias Havranek	SKE	anwesend bis 18:00
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Herr Matthias Waschitschka	SKE	
Herr Manfred Schuhmann	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter Herr Dietmar Wehrich
Herr Thomas Hoffmann	SKE	entschuldigt
Herr Wolfgang Matschke	SKE	
Herr Volker Preibisch	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2011
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Feststellung der Jahresrechnung 2010 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2011/10336
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Nagel, eröffnete die Sitzung um 17:05 Uhr und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Nagel bat um Abstimmung über die Feststellung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt – 7 Ja- Stimmen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2011

Frau Nagel fragte nach, ob es zur Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 30.11.2011 noch Bemerkungen gäbe und bat um Abstimmung zur Genehmigung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

5 Ja- Stimmen

2 Enthaltungen

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Feststellung der Jahresrechnung 2010 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2011/10336**

Frau Nagel bat Herrn Borries um kurze einführende Worte zum Schlussbericht 2010.

Herr Borries bemerkte dazu, dass dem Rechnungsprüfungsausschuss die Vorlage zur Feststellung der Jahresrechnung 2010 und Entlastung der Oberbürgermeisterin zur Empfehlung an den Stadtrat vorläge.

Dieser Vorlage sei der Schlussbericht des RPA über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 vom 25.10.2011 und die Stellungnahme der Verwaltung hierzu vom 09.12.2011 beigefügt.

Bereits in den letzten beiden Sitzungen des Ausschusses sei auf die leider eingetretene zeitliche Verzögerung, wie sie in den Vorbemerkungen zur Prüfung der Jahresrechnung nochmals detailliert dargestellt sei, hingewiesen worden.

Der vorliegende Jahresbericht sei zum Zeitpunkt des Amtsantrittes des jetzigen Amtsleiters im RPA im August 2011 bereits konzipiert und überwiegend bearbeitet gewesen und sei somit noch ein Arbeitsergebnis des langjährigen Amtsleiters Herrn Kloppe. Die ausgewählten Prüfungsschwerpunkte seien überwiegend bereits im Jahre 2010 festgelegt und die notwendigen Prüfungshandlungen durchgeführt worden. Eine Veränderung oder Verlagerung der Prüfungsschwerpunkte habe nicht stattgefunden. Lediglich bei der Endformulierung der vom RPA getroffenen Prüfungsfeststellungen habe eine Abstimmung mit dem jetzigen Amtsleiter durchgeführt werden können, wodurch manche Feststellungen durchaus „verwaltungstechnischer“ als bisher klingen könnten, ohne dass eine inhaltliche Veränderung stattgefunden habe.

In diesem Zusammenhang solle bereits jetzt darauf hingewiesen werden, dass die Prüfung der Jahresrechnung 2011 die letzte Prüfung einer Jahresrechnung in der Kameralistik sein werde und die dafür erforderlichen Prüfungshandlungen größtenteils vor dem Amtsantritt des jetzigen Amtsleiters auch bereits im Jahre 2011 geplant und teilweise durchgeführt worden seien. Eine wesentliche Veränderung der Prüfungsschwerpunkte und der Darstellung im Schlussbericht werde daher für das Jahr 2011 nicht zu erwarten sein. Zu berücksichtigen werde für das Jahr 2011 sein, dass es das erste Jahr ohne genehmigten Haushalt sein werde und sich die Stadt das ganze Jahr daher in der vorläufigen Haushaltsführung befunden habe.

Die ab 01.01.2012 erfolgte Einführung der Doppik mit der Prüfung eines doppischen Jahresabschlusses werde eine völlige Neuorientierung der Prüfungstätigkeit und Festlegung der Prüfungsschwerpunkte erfordern und somit eine neue Form des Schlussberichtes notwendig machen.

Als Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung 2010 sei festzuhalten, dass die vom RPA getroffenen Feststellungen nicht gravierend seien, so dass eine Entlastung der Oberbürgermeisterin empfohlen werde. Darüber hinaus habe die Verwaltung zu der überwiegenden Zahl der getroffenen Feststellungen ausgeführt, dass sie diesen Feststellungen folge und diese zukünftig beachten werde.

Nach den einführenden Worten von Herrn Borries unterbreitete Frau Nagel den Vorschlag, die Diskussion zum Schlussbericht anhand der Feststellungen der Rechnungsprüfung und der Stellungnahmen der Verwaltung zu führen. Weitere Fragen zu weiteren Aussagen im Bericht könnten ebenfalls behandelt werden.

Sie stellte fest, dass in Vorbereitung der Sitzung keine schriftlichen Anfragen zum Schlussbericht eingereicht worden seien.

17:10 Uhr – Herr Kley traf ein.

Auf die Frage von Frau Nagel, ob es zum Schlussbericht 2010 grundsätzliche Fragen gäbe, regte Herr Voigtländer an, Aussagen wie „Im Allgemeinen“, die wenig aussagefähig seien zukünftig zu vermeiden.

Außerdem wollte er wissen, ob die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Prüffeststellungen des Rechnungsprüfungsamtes von der Rechnungsprüfung noch einmal begutachtet worden seien.

Herr Borries erklärte dazu, dass der Verfahrensweg gesetzlich vorgeschrieben sei und eine weitere Prüfung durch das RPA nicht noch einmal erfolge.

Die Frage von Herrn Büchner zur Feststellung der Rechnungsprüfung bezüglich des unverzüglich auszugleichenden Fehlbetrages zielte darauf ab, ob die Stadt gesetzeskonform handle. Frau Brünler-Süßner vom Rechnungsprüfungsamt erklärte, dass die Verfahrensweise den Vorgaben in der Gemeindeordnung entspreche und im Übrigen die Reglementarien im Zuge der Haushaltskonsolidierung festzulegen seien.

17:15 Uhr – Herr Häder traf ein.

Herr Felke und Frau Nagel bemerkten, dass seit Jahren teilweise die gleichen Sachen kritisiert würden und es keine Veränderungen gäbe.

Herr Büchner wies darauf hin, dass auf Seite 7 des Schlussberichtes, Ziffer 1.1 – Vorbemerkungen, die falsche Jahreszahl angegeben sei.

Herr Wehrich wollte wissen, ob in 2010 eine überörtliche Prüfung nach § 126 GO entsprechend Ziffer 1.4 des Schlussberichtes erfolgt sei.

Frau Brünler-Süßner sagte, dass in 2010 keine Prüfungen durchgeführt worden seien, ansonsten wären sie unter Ziffer 1.4 aufgeführt.

Aufruf der einzelnen Kapitel des Schlussberichtes und der Prüffeststellungen:

Punkt 3.1 – Herr Kley hinterfragte, weshalb die Feststellung der Ergebnisse durch die Verwaltung gemäß § 42 Abs. 3 GemHVO in der Jahresrechnung 2010 nicht nachvollzogen werden könne und ob der Nachweis erbracht worden sei.

Frau Brünler-Süßner erklärte, dass eine Aufstellung der Abgänge auf Kassenreste angefordert und durch die Kämmerei erbracht worden sei.

Punkte 3.2 und 3.4 – Herr Büchner und Herr Dr. Wendt bemängelten die in PF 3 dargelegte fehlende Transparenz des Inhaltes des Rechenschaftsberichtes und fragten, wie das verbessert werden könne.

Herr Borries bemerkte dazu, dass die Rechnungsprüfung zwar feststellen aber nicht anweisen könne.

Die amtierende Leiterin der Kämmerei, Frau Dorit Schmidt, erklärte dazu, dass im Rechenschaftsbericht 2011 eine Verbesserung vorgesehen sei.

Punkt 3.11 – Haushaltsreste

Frau Brünler-Süßner erklärte auf die Frage von Herrn Hildebrandt, wie viel Haushaltsreste (HAR) gebildet, wofür sie ausgegeben und wo sie abgebildet worden seien, dass Haushaltsausgabereste in Höhe von ca. 40 Millionen Euro gebildet worden und in der Jahresrechnung für jede Haushaltsstelle im Detail nachzuvollziehen seien.

Weiterhin erklärte Herr Hildebrandt, auf Seite 28 werde durch die Rechnungsprüfung kritisch angemerkt, dass vereinzelt HAR gänzlich ohne entsprechenden Antrag und ohne Begründung gebildet worden seien und diese Verfahrensweise den Haushaltskonsolidierungsbestrebungen widersprechen könnte.

Frau Brünler-Süßner und Herr Borries bemerkten dazu, es seien keine Zuwiderhandlungen festgestellt worden, sondern es habe lediglich die ordnungsgemäße Begründung gefehlt. Die fehlenden Informationen seien mit der Stellungnahme der Verwaltung nachgereicht worden

und nachvollziehbar gewesen.

In diesem Zusammenhang bemerkte Herr Kley, dass 40 Millionen Euro ein großer Betrag sei und fragte nach, ob das im Vergleich zu anderen Kommunen allgemein so üblich sei.

Herr Borries erklärte, das sei in anderen Kommunen ähnlich und hänge davon ab, wann der Haushalt bestätigt werde.

Herr Kley sagte, da ja hier das Prinzip der Jährlichkeit durchbrochen werde, könne doch die Finanzierung aus dem Folgehaushalt erfolgen.

Herr Beigeordneter Neumann verwies darauf, dass wegen des Konjunkturpaketes II so verfahren worden sei.

Herr Dr. Wend interessierte sich dafür, ob der stetige Anstieg der HAR Zufall sei.

Frau Schmidt erklärte darauf hin, dass aus Gründen des nicht bestätigten Haushaltes so verfahren werden müsse, da sonst nicht mit den Investitionen begonnen werden könne.

Frau Nagel, Herr Häder und Herr Kley forderten noch einmal mehr Transparenz und Kontrolle sowie die bessere Beachtung der Verwaltungsvorschriften.

Frau Schmidt äußerte sich dahin gehend, dass die Feststellungen der Rechnungsprüfung in der Kämmerei ausgewertet worden seien und zukünftig Beachtung fänden.

Punkt 3.13.4.4 – Klage eines Feuerwehrmanns auf Freizeitausgleich oder finanzielle Entschädigung im Fall von mehr als 48 Stunden Wochenarbeitszeit

Herr Dr. Wend fragte, ob das Verfahren jetzt abgeschlossen sei.

Herr Borries bemerkte, dass mit drei Feuerwehrleuten noch Verhandlungen über das unterbreitete Angebot laufen würden. Alle anderen hätten das Angebot angenommen.

Herr Hans, der Leiter des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz, bestätigte die Aussagen von Herrn Borries; Ein Bericht werde in den Hauptausschuss eingebracht.

Auf die Nachfrage von Herrn Wehrich, um welches Finanzvolumen es gehe, wurde auf die Zuständigkeit des Finanzausschusses verwiesen.

Punkt 3.14.3 – Stand und Entwicklung des Vermögens, der Schulden und der Rücklagen

Herr Kley wollte wissen, wie der auf Seite 53 genannte Rundungsfehler zwischen Endbestand 2009 und Anfangsbestand 2010 in Höhe von 227,79 Euro zu Stande gekommen sei.

Frau Schmidt, erklärte, dass dies an einer vereinfachten Aufstellung gelegen habe. Der Sachverhalt sei ausgewertet worden und werde für die Zukunft ausgeschlossen.

Rücklagen

Frau Nagel bemerkte, dass ihrer Meinung nach die Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Prüfbemerkung auf Seite 55 nicht ausreichend sei und fragte, ob sie dennoch aussagefähig sei.

Herr Büchner hinterfragte den Sachverhalt ebenfalls.

Herr Borries erklärte, dass es keinen freien Sockelbetrag gäbe. Es handele sich hier um zweckgebundene Gelder. Hierüber fehle der Nachweis, was in Zukunft geändert werden müsse.

Herr Neumann bestätigte das.

Punkt 3.15 – Außerhaushaltsmäßiger Zahlungsverkehr – Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (ShV)

Herr Büchner interessierte sich dafür, wer die Zusammenstellung der Übertragungsbuchungen gefordert habe, worauf Herr Borries erklärte, dass das bereits sein Vorgänger getan habe.

Frau Nagel wollte wissen, wie viel Geld abgebildet werde.

Frau Brünler-Süßner verwies auf die Aufstellung auf Seite 56 des Schlussberichtes.

Herr Kley fragte, ob es solche Vorgänge auch zukünftig geben werde.

Frau Schmidt bejahte das.

Punkt 5.1.5 – Liquidation der Händelforum Betriebsgesellschaft GmbH

Herr Wehrich fragte nach dem aktuellen Stand zur Liquidation der Händelforum Betriebsgesellschaft GmbH.

Frau Schmidt informierte, dass die finanziellen Dinge geregelt seien, der formelle Akt jedoch noch fehle.

Punkt 5.2.3 – Jahresabschluss 2010 im Eigenbetrieb Kindertagesstätten

Herr Kley fragte, ob die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rauschenbach & Kollegen GmbH weiter mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragt werde.

Frau Schmidt und Herr Neumann erklärten dass jetzt letztmalig eine Beauftragung erfolgt sei und dann neu ausgeschrieben werde.

5.3.6 – UA 4350 – Haus der Wohnhilfe

Herr Felke bezog sich auf die Kritik der Rechnungsprüfung zur Nichtinanspruchnahme von Skonti und fragte nach, ob der lange Ämterdurchlauf die Inanspruchnahme unmöglich mache.

Herr Neumann erklärte, dass die Verwaltungsabläufe durch den nicht genehmigten Haushalt und die damit verbundene Haushaltssperre sehr lang seien, die Verwaltung aber das Problem erkannt habe und nach einer Lösung suche.

5.3.8 – UA 4370 – Frauenhaus

Herr Kley erkundigte sich zu den von der Rechnungsprüfung als erörterungsbedürftig dargestellten erhöhten Personalausgaben. Er wollte wissen, ob die rückwirkende Höherstufung der

Beschäftigten unbedingt erforderlich gewesen sei und ob die Wirkungsweise des Personals nicht anderweitig erhöht werden könne.

Herr Neumann erwiderte, dass für die Dynamik der Personalkosten ein Anspruch bestehe und nur die Mindestbesetzung vorhanden sei. Man müsse dann überlegen, nicht liquide Einrichtungen zu schließen, was eine negative Resonanz in der Bevölkerung zur Folge hätte, er werde aber die Thematik an die Beigeordneten weitergeben.

5.4.1 – Vergabe von Abbrucharbeiten für den Schulkomplex Muldestraße Finanzposition: 2.8800.946300-005

Auf die Bemerkung von Herrn Wehrich, dass er eine Stellungnahme der Verwaltung vermissen, erklärte Frau Nagel, dass es sich um keine Prüffeststellung sondern um eine Prüfbemerkung handele und die Verwaltung deshalb auf eine Stellungnahme verzichtet habe.

Herrn Kley erschien es ungewöhnlich, dass die Entsorgung separat ausgeschrieben wurde.

Herr Neumann erklärte, dass es bei den Abbrucharbeiten unvorhergesehene Probleme mit der Oberfläche und den erforderlichen Erdarbeiten gegeben habe, die eine separate Entsorgung notwendig gemacht hätten.

Herr Kley äußerte, dass er bis zur Sitzung des Finanzausschusses eine kurze Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Problematik erwarte.

18:00 Uhr, Herr Havranek verließ die Sitzung.

5.4.3 – Ersatzneubau Kurt-Wabbel-Stadion – Erdgassportpark Finanzposition 2.5600.941000-003

Herr Wehrich wollte wissen, ob eine Prüfung des Landesrechnungshofes im Zusammenhang mit der Förderung des Stadionneubaus anstehe.

Herr Borries äußerte, er habe für eine anstehende Prüfung keine Information.

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich erläuterten Herr Borries und Herr Neumann den letzten Satz der Prüfbemerkung der Rechnungsprüfung hinsichtlich des auf Grund der Komplexität der Investition geringen Spielraumes der Finanzkontrolle.

5.4.5 – Baucontrolling im Straßen- und Tiefbauamt

Herr Voigtländer hinterfragte, wie für die Zukunft, die durch die Unterbesetzung des Straßen- und Tiefbauamtes (1 Stelle ist besetzt, 2 Stellen sind frei) auftretenden Defizite beim Baucontrolling bewältigt werden sollten.

Herr Neumann erklärte, dass der Beigeordnete für Planen und Bauen, Herr Stäglin, eine Lösung der Problematik anstrebe.

5.5.1 – Prüfung der Stadtkasse

Zu Prüffeststellung 28 auf Seite 80 forderte Herr Büchner einen Termin für die Fertigstellung des Inhaltsverzeichnisses für den Bestand, der im Tresor befindlichen Unterlagen und ande-

rer Verwahrungen. Die Verwaltung wird den Termin spätestens in der Sitzung des Finanzausschusses mitteilen.

5.7.2.1 – Fördermittelprüfungen der Kommunalen Fördermittel – Galerie am Domplatz Finanzposition: 4.3400.405001

Zu Prüffeststellung 34, Seite 87 hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung in Bezug auf die Prüfung von Regressforderungen im Zusammenhang mit nicht ordnungsgemäß vergebenen Fördermitteln der Stadt Halle (Saale) erkundigte sich Herr Wehrich, welcher Vorgesetzte die Auszahlung veranlasst habe und wollte wissen, weshalb keine Regressforderung möglich sei.

Frau Schmidt informierte, dass die betreffende Person inzwischen die Verwaltung verlassen habe und eine Nennung des Namens nicht öffentlich erfolgen könne.

Herr Borries erklärte, dass die Ausschlussfrist für Regressforderungen entsprechend TVÖD generell sechs Monate betrage. Diese sei verstrichen und die Durchsetzung von Forderungen daher wohl nicht mehr möglich.

Die Frage von Herrn Kley, ob es sich um einen Anspruch aus dem Beschäftigungsverhältnis des betreffenden Mitarbeiters gehandelt habe, bejahte er. Eine zivilrechtliche Klage würde an das Arbeitsgericht verwiesen und dieses würde die Klage wegen Fristüberschreitung abweisen.

5.7.2.4 – Nachweis der sachgemäßen Verwendung ausgereicher kommunaler Fördermittel durch die Stadt Halle – aktueller Stand Finanzposition 1.4640.178000

PF 36 – S. 89 – Herr Felke fragte, wie effektiv in 2010 das Outsourcing der Verwendungsnachweisprüfung einzelner Träger der Haushaltsjahre 2006 und 2007 gewesen sei.

Frau Schmidt erklärte, dass die Kontrollmaßnahmen Sache des Jugendamtes seien und zur Bewältigung des umfangreichen Arbeitspensums eine Verstärkung der Truppe in Arbeit sei.

Auf die Frage von Herrn Kley, ob das Jugendamt bei der Prüfung der verausgabten Fördermittel durch ein anderes Amt unterstützt werden könne, erklärte Herr Neumann, dass durch die dadurch entstehende zusätzliche Schnittstelle eine Effektivierung nicht erzielt werden könne.

5.9.5 – Jobrotation

Zum Thema Jobrotation in gefährdeten Bereichen forderte Herr Kley eine intensivere Prüfung und die Erarbeitung eines sinnvollen Konzeptes, worauf Herr Neumann bemerkte, dass die Konzeption in Arbeit sei.

Auf die Frage von Frau Nagel, wann mit einem Abschluss zu rechnen sei, erklärte Herr Neumann: Eventuell nach Abschluss der Haushaltsberatungen, im April/Mai 2012.

5.9.6 – Spenden und Sponsoring – der Umgang mit Zuwendungen auf kommunaler Ebene

Herr Kley fragte an, ob Erfüllung kommunaler Aufgaben durch Dritte nicht auch als Sponsoring zu betrachten sei und im Haushalt dargestellt werden müsse.

Frau Schmidt und Herr Neumann machten deutlich, dass es sich hier um Verträge handelt, die Leistung und Gegenleistung beinhalten und daher nie im Haushalt sichtbar würden, da die Zahlung direkt durch Dritte erfolge.

Frau Nagel gab den Mitgliedern die Gelegenheit, noch abschließende Fragen zu stellen.

Herr Büchner bemerkte am Ende noch, die Stadt Halle habe bis 2009 beim Abbau der Defizite eine recht gute Entwicklung verzeichnen können und wollte wissen, weshalb diese Entwicklung in 2010 rückläufig gewesen sei.

Frau Schmidt und Herr Neumann machten deutlich, dass die Abbaumaßnahmen durch Verkäufe bis 2008 gegriffen hätten und seit 2009 keine Verkäufe zur Schuldentilgung getätigt worden seien, so dass in 2010 wieder ein Anstieg zu verzeichnen sei.

Damit war die Diskussion zum Schlussbericht 2010 beendet.

Frau Nagel bat um Abstimmung über den Beschlussvorschlag an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt mit einer Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2010 wird gemäß § 170 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen und der Oberbürgermeisterin Entlastung erteilt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten wurden nicht gestellt.

zu 7 Mitteilungen

1.) Herr Borries informierte die Ausschussmitglieder zum Stand der Prüfung des Landesrechnungshofes mit dem Schwerpunkt „Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und sonstigen Jugendarbeit“ wie folgt:

Die Prüfungstätigkeit des LRH im Amt 51 sei im Dezember 2011 beendet worden. Diese Prüfung habe ca. 3 Monate gedauert und habe alle Aspekte der Tätigkeit des Amtes auf dem Gebiet der Jugendhilfe zum Inhalt gehabt.

Am 26.01.2012 habe ein erstes Abschlussgespräch stattgefunden, an dem seitens der Stadt die Beigeordneten Geier und Kogge sowie die Leiterin des Jugendamtes und der Leiter des RPA teilgenommen hätten.

Gegenstand des Gespräches sei nur ein kurzer Überblick über den Ablauf der Prüfung und die Darstellung des weiteren Verfahrensablaufs gewesen.

Ein erster Entwurf des Berichtes solle danach der Stadt bis Ende April 2012 zugehen, danach werde ein weiteres Gespräch mit dem LRH stattfinden, bevor der endgültige Prüfbericht der Stadt zugestellt werde. Dieser werde dann ordnungsgemäß mit der Stellungnahme der Verwaltung dem Stadtrat und den zuständigen Ausschüssen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

2.) Des Weiteren informierte Herr Borries die Ausschussmitglieder, dass die Unterlagen zur Prüfung der Verwendung der den Fraktionen zur Verfügung gestellten Gelder am 25.01.2012 von der Geschäftsstelle Stadtrat zum Termin 15.02.2012 angefordert worden seien. Wenn diese dem Rechnungsprüfungsamt vollständig vorlägen, werde zeitnah mit der Prüfung begonnen, so dass die entsprechenden Prüfberichte und die Stellungnahmen der Fraktionen voraussichtlich in die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.05.2012 eingebracht werden könnten.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Frau Nagel beendete die Öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses um 18:41 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.02.12

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Beate Naumann
Protokollführerin